Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/194

16. 03. 77

Sachgebiet 82

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Schweden der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Abkommen beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungsgewährung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten — u. a. auch Touristen — beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Leistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung gewährt werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und schwedischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (02221) 363551

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) — 806 06 — So 74/77

Bonn, den 16. März 1977

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und schwedischer Sprache, ein Schlußprotokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 443. Sitzung am 11. März 1977 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Stockholm am 27. Februar 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die den Allgemeinen Ortskrankenkassen durch die Gewährung von Sachleistungen nach den Artikeln 13, 14, 16 und 20 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Kosten sind auf die deutschen Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres einschließlich der Rentner umzulegen. Die Umlage führt der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle durch.

(2) Führt die Vorschrift des Artikels 16 Abs. 3 des Abkommens für einen deutschen Träger der Krankenversicherung zu einer außergewöhnlichen Entlastung, so kann der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den übrigen Spitzenverbänden der Träger der Krankenversicherung diesem Träger auferlegen, den Betrag der außergewöhnlichen Entlastung dem Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle zur Minderung der Gesamtumlage nach Absatz 1 zuzuführen.

(3) Absatz 1 gilt auch für die Kosten der Allgemeinen Ortskrankenkassen, die nicht durch die Beiträge gedeckt sind, die in Durchführung des Artikels 15 Abs. 1 Satz 2 des Abkommens und der Nummer 9 Buchstabe c des Schlußprotokolls zum Abkommen von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu zahlen sind.

Artikel 3

(1) In den Fällen, in denen nach Artikel 20 Abs. 1 und 2 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland ein Träger der Krankenversicherung Sachleistungen gewährt, haben ihm die Träger der Unfallversicherung die Kosten für diese Leistungen zu erstatten, die nach Ablauf des achtzehnten Tages nach dem Arbeitsunfall entstehen. Ausgenommen sind die Kosten der Krankenpflege (§ 182 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung).

(2) Die Kosten werden zu gleichen Teilen auf alle Träger der Unfallversicherung umgelegt. Dies gilt auch für die Aufwendungen der Unfallversicherungsträger nach Artikel 20 Abs. 3 des Abkommens und Nummer 13 des Schlußprotokolls zum Abkommen. Die Erstattung und Umlage führt der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. als Verbindungsstelle für die Unfallversicherung durch.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 40 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

In den in Absatz 1 genannten Fällen der Artikel 13, 14, 16 und 20 des Abkommens erhalten die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaates versicherten Personen bei einem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen im Krankheitsfalle vom dortigen Träger der Krankenversicherung, in der Bundesrepublik Deutschland von den Allgemeinen Ortskrankenkassen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erfolgt nach Artikel 16 Abs. 3 des Abkommens keine Kostenerstattung zwischen den deutschen und schwedischen Trägern der Krankenversicherung. Artikel 2 sieht für diese Fälle bei der Gewährung von Leistungen durch die Allgemeinen Ortskrankenkassen eine Umlage unter den deutschen Trägern der Krankenversicherung vor, durch die die Lasten auf diese verteilt werden.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit vor, daß ein deutscher Träger der Krankenversicherung eine im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Entlastung auszugleichen hat, die für ihn dadurch entstehen kann, daß ein schwedischer Träger der Krankenversicherung aushilfsweise für den deutschen Träger Sachleistungen erbringt.

Nach Absatz 3 soll die Regelung nach Absatz 1 auch in den dort genannten Fällen gelten, in denen Sachleistungen an Bezieher nur einer schwedischen Rente mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Zu Artikel 3

In den in Absatz 1 genannten Fällen des Artikels 20 Abs. 1 und 2 des Abkommens erhalten nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung des einen Vertragsstaates versicherte Personen beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat aushilfsweise Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsortes, in der Bundesrepublik Deutschland von den Allgemeinen Ortskrankenkassen. Absatz 1 sieht für diese Fälle eine Lastenverteilung zwischen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung vor. Sie entspricht der innerstaatlichen Regelung des § 1504 RVO.

Da nach Artikel 20 Abs. 3 des Abkommens aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung keine Kostenerstattung zwischen den deutschen und schwedischen Trägern der Unfallversicherung erfolgt, sieht Absatz 2 vor, daß die Kosten für die Sachleistungen zu gleichen Teilen auf alle deutschen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung umgelegt werden. Im Vergleich zu diesem pauschalen Umlageverfahren würde ein differenzierterer Umlageschlüssel einen zu großen Verwaltungsaufwand erfordern. Diese Regelung gilt auch bei unmittelbarer Gewährung von Sachleistungen nach Nummer 13 des Schlußprotokolls zum Abkommen und von Berufshilfe nach Artikel 20 Abs. 3 des Abkommens durch die deutschen Träger der Unfallversicherung.

Zu Artikel 4

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 40 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit

Konvention mellan Konungariket Sverige och Förbundsrepubliken Tyskland om social trygghet

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Schweden —

in dem Wunsche, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln —

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf das Königreich Schweden dessen Staatsgebiet;
2. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf das Königreich Schweden eine Person schwedischer Staatsangehörigkeit;
3. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
   in bezug auf das Königreich Schweden die Regierung oder die Behörde, die sie bestimmt;
5. „Träger"
   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;
6. „zuständiger Träger"
   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

Förbundsrepubliken Tyskland

och

Konungariket Sverige

som önskat reglera sina förbindelser på den sociala trygghetens område,

har överenskommit om följande:

Avdelning I
Allmänna bestämmelser

Artikel 1

I denna konvention förstås med uttrycken

1) "territorium"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland det område, inom vilket Förbundsrepubliken Tysklands grundlag gäller,
   med avseende på Konungariket Sverige dess territorium;
2) "medborgare"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland en tysk i den för Förbundsrepubliken Tyskland gällande grundlagens mening,
   med avseende på Konungariket Sverige en person med svenskt medborgarskap;
3) "lagstiftning"
   lagar, förordningar, kungörelser och andra allmänna rättsföreskrifter rörande de i artikel 2 första stycket angivna grenarna av social trygghet;
4) "behörig myndighet"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland förbundsministern för arbete och sociala frågor,
   med avseende på Konungariket Sverige regeringen eller den myndighet regeringen bestämmer;
5) "försäkringsorgan"
   det organ eller den myndighet som svarar för tillämpningen av den i artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen;
6) "behörigt försäkringsorgan"
   det försäkringsorgan som är behörigt enligt den tillämpliga lagstiftningen;

7. „Beschäftigung"
   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
8. „Versicherungszeiten"
   die Beitragszeiten, die Beschäftigungszeiten oder die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, ferner Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind; darunter Kalenderjahre, für welche in der schwedischen Versicherung für Zusatzrente Rentenpunkte auf Grund einer Beschäftigung während des betreffenden Jahres oder eines Teiles davon gutgeschrieben sind;
9. „Geldleistung" oder „Rente"
   eine Geldleistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Gewährung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben;
   b) die Unfallversicherung;
   c) die Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung;
   d) die Altershilfe für Landwirte;
2. auf die schwedischen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung einschließlich der Elternversicherung;
   b) die Unfallversicherung;
   c) die Volksrente;
   d) die Versicherung für Zusatzrente.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, andere Personen, für welche die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten und Personen, die ihre Rechte von einer der vorher genannten Personen ableiten.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen folgende Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates dessen Staatsangehörigen gleich:

a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates,
b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954,
d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten.

7) "sysselsättning"
   en anställning eller förvärvsverksamhet i den tillämpliga lagstiftningens mening;
8) "försäkringsperioder"
   avgiftsperioder, sysselsättningsperioder eller bosättningsperioder, som i den lagstiftning enligt vilken de fullgjorts betecknas eller betraktas som försäkringsperioder, samt andra tidsperioder i den mån de i nämnda lagstiftning betraktas som likvärdiga med försäkringsperioder, däribland kalenderår, för vilka inom den svenska försäkringen för tilläggspension pensionspoäng har tillgodoräknats på grund av sysselsättning under det ifrågavarande året eller en del därav;
9) "kontantförmån" eller "pension"
   en kontantförmån eller pension med alla tillägg, tillskott och förhöjningar.

Artikel 2

1. Denna konvention är, i den mån ej annat däri föreskrives, tillämplig på

1) den tyska lagstiftningen om
   a) sjukförsäkring och skydd för förvärvsarbetande mödrar, i den mån inom dessa förmånsgrenar regleras rätt till kontant- och sjukvårdsförmåner genom sjukförsäkringens organ;
   b) yrkesskadeförsäkring;
   c) pensionsförsäkring och tilläggsförsäkring för gruvarbetare;
   d) åldershjälp för lantbrukare;
2) den svenska lagstiftningen om
   a) sjukförsäkring med föräldraförsäkring;
   b) yrkesskadeförsäkring;
   c) folkpension;
   d) försäkring för tilläggspension.

2. Vid denna konventions tillämpning beaktas icke sådan lagstiftning i fördragsslutande stat, som följer av annan mellanstatlig överenskommelse eller av överstatlig rätt eller som avser tillämpningen av sådan överenskommelse eller rätt.

Artikel 3

1. Denna konvention är, i den mån ej annat däri föreskrives, tillämplig på de fördragsslutande staternas medborgare, andra personer som omfattas eller har omfattats av en fördragsslutande stats lagstiftning och personer som härleder sin rätt från någon nu nämnd person.

2. I den mån ej annat föreskrives i denna konvention likställes vid tillämpningen av en fördragsslutande stats lagstiftning med denna stats medborgare följande inom statens territorium bosatta personer:

a) medborgare i den andra fördragsslutande staten,
b) flyktingar som avses i artikel 1 av konventionen den 28 juli 1951 om flyktingars rättsliga ställning och protokollet den 31 januari 1967 till nämnda konvention,
c) statslösa som avses i artikel 1 av konventionen den 28 september 1954 om statslösa personers rättsliga ställning,
d) andra personer med avseende på rättigheter som de härleder från en medborgare i fördragsslutande stat eller från en i denna artikel avsedd flykting eller statslös person.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, sind die Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfall (Berufskrankheit) auch zu zahlen, wenn der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält und es sich um eine in Artikel 3 Absatz 2 bezeichnete Person handelt.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates.

Artikel 5

Soweit die Artikel 6 bis 10 nichts anderes bestimmen, richtet sich die Versicherungspflicht einer Person

1. nach schwedischem Recht, wenn sie sich im Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden gewöhnlich aufhält oder, in bezug auf die Unfallversicherung, wenn sie dort beschäftigt ist;
2. nach deutschem Recht, wenn sie im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt ist;

richtet sich die Versicherungspflicht nach dem Ort der Beschäftigung, so ist dieser auch dann maßgebend, wenn sich der Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat befindet.

Artikel 6

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach der Entsendung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 7

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge es führt.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaates führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Die Artikel 5 bis 7 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 9

Dieses Abkommen berührt nicht die im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und im Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen enthaltenen Bestimmungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 4

1. När fråga är om en i artikel 3 andra stycket angiven person skall, i den mån ej annat föreskrives i denna konvention, kontantförmåner vid invaliditet, på grund av ålder och till efterlevande samt livräntor och engångsbelopp i anledning av yrkesskada utges till den därtill berättigade även om denne vistas inom den andra fördragsslutande statens territorium.

2. I den mån ej annat föreskrives i denna konvention utges förmåner enligt den ena fördragsslutande statens lagstiftning till medborgare i den andra fördragsslutande staten, som är bosatt utanför de fördragsslutande staternas territorier, på samma villkor som till medborgare i den förstnämnda fördragsslutande staten som är bosatta utanför nämnda territorier.

Artikel 5

I den mån ej annat föreskrives i artiklarna 6—10, skall frågan om en persons försäkringstillhörighet bedömas

1) enligt svensk rätt, om personen i fråga är bosatt i Konungariket Sverige, eller, med avseende på yrkesskadeförsäkring, om han är sysselsatt där,
2) enligt tysk rätt, om han är sysselsatt i Förbundsrepubliken Tyskland,

varvid i fall, då försäkringstillhörigketen bedöms med hänsyn till sysselsättningsorten, denna skall vara bestämmande även om arbetet utförs för en arbetsgivare som befinner sig i den andra fördragsslutande staten.

Artikel 6

Utsänds en arbetstagare, som sysselsätts i en fördragsslutande stat, av sin arbetsgivare till den andra fördragsslutande staten för att där utföra ett arbete för denne arbetsgivare, skall med avseende på försäkringstillhörigheten den förstnämnda statens lagstiftning fortsätta att gälla till utgången av den tjugofjärde kalendermånaden efter utsändandet, som om arbetstagaren fortfarande sysselsattes inom dess territorium.

Artikel 7

1. För ett fartygs besättning och andra ej blott tillfälligt på ett fartyg sysselsatta personer gäller med avseende på försäkringstillhörigheten lagstiftningen i den fördragsslutande stat, vars flagga fartyget för.

2. Om en arbetstagare, som är bosatt inom en fördragsslutande stats territorium, av en arbetsgivare, som har sitt säte inom denna stats territorium och ej är ägare till fartyget, tillfälligt sysselsätts på ett fartyg som för den andra fördragsslutande statens flagga, gäller med avseende på försäkringstillhörigheten den förstnämnda statens lagstiftning, som om han sysselsattes inom dess territorium.

Artikel 8

Artiklarna 5—7 äger motsvarande tilllämpning på personer som icke är arbetstagare men på vilka den i artikel 2 angivna lagstiftningen är tillämplig.

Artikel 9

Denna konvention berör icke de bestämmelser i Wienkonventionen om diplomatiska förbindelser och Wienkonventionen om konsulära förbindelser, som hänför sig till den i artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen.

Artikel 10

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 8 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates ihren Sitz hat.

Artikel 11

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruches oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrages zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates oder in dessen Hoheitsgebiet ergeben.

Abschnitt II
Besondere Bestimmungen

Kapitel 1
Krankenversicherung

Artikel 12

Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezuges einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 13

(1) Besteht für eine Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält, nach dessen Rechtsvorschriften Anspruch auf Sachleistungen, so erhält sie bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Sachleistungen nach dessen Rechtsvorschriften, wenn ihr Zustand sofort die Gewährung solcher Leistungen erforderlich macht.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Fälle, in denen sich die betreffende Person zur Behandlung in das Hoheitsgebiet

Artikel 10

På gemensam framställning av arbetstagare och arbetsgivare eller på framställning av en i artikel 8 avsedd likställd person kan den behöriga myndigheten i den fördragsslutande stat, vars lagstiftning enligt artiklarna 5—9 skulle vara tillämplig, medge undantagande från denna lagstiftning, under förutsättning att personen i fråga blir omfattad av den andra fördragsslutande statens lagstiftning. Vid beslut härom skall beaktas sysselsättningens art och de omständigheter under vilka den utövas. Före avgörandet skall den andra fördragsslutande statens behöriga myndighet beredas tillfälle till ställningstagande. Är arbetstagare icke sysselsatt inom dess territorium, betraktas han som sysselsatt på den ort, där han senast förut var sysselsatt. Har han förut icke varit sysselsatt inom dess territorium, betraktas han som sysselsatt på den ort, där denna fördragsslutande stats behöriga myndighet har sitt säte.

Artikel 11

1. I fall, då enligt bestämmelser i en fördragsslutande stats lagstiftning rätt till en förmån inskränkes eller icke föreligger eller en förmån inskränkes eller icke utges vid sammanträffande med rätt till annan förmån eller med utgivandet av andra förmåner skall dessa bestämmelser tillämpas även med avseende på motsvarande förhållanden enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning. Om vad nu sagts skulle medföra minskning av båda förmånerna, skall vardera förmånen minskas med halva det belopp varmed minskning skulle ske enligt den fördragsslutande stats lagstiftning, på vilken rätten till förmånen grundas.

2. I fall, då enligt bestämmelser i fördragsslutande stats lagstiftning rätt till en förmån icke föreligger eller en förmån inskränkes så länge en sysselsättning eller en viss sysselsättning utövas eller en obligatorisk pensionsförsäkring består, skall dessa bestämmelser tillämpas även med avseende på motsvarande förhållanden enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning eller inom dess territorium.

Avdelning II
Särskilda bestämmelser

Kapitel 1
Sjukförsäkring

Artikel 12

I fråga om fastställande av rätten till en förmån och den tidrymd under vilken förmånen skall utges skall försäkringsperioder som fullgjorts och perioder varunder förmån utgivits enligt båda de fördragsslutande staternas lagstiftningar sammanräknas i den mån de icke sammanfaller.

Artikel 13

1. Är någon bosatt inom en fördragsslutande stats territorium och berättigad till sjukvårdsförmåner enligt denna stats lagstiftning, erhåller han under tillfällig vistelse inom den andra fördragsslutande statens territorium sjukvårdsförmåner enligt denna stats lagstiftning, om han på grund av sitt tillstånd är i omedelbart behov av sådana förmåner.

2. Första stycket gäller ej för fall då någon beger sig till den andra fördragsslutande statens territorium isyfte

des anderen Vertragsstaates begibt, insbesondere zur Durchführung von Kuren und zum Aufenthalt in Sanatorien, Genesungsheimen und Luftkurheilstätten.

(3) Für die Art und Weise und den Umfang der Leistungsgewährung nach Absatz 1 gelten die für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften.

Artikel 14

Die Familienangehörigen einer Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält und die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates versichert ist, erhalten, wenn sie sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, Sachleistungen nach den für den Träger ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften, sofern nicht nach den für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts geltenden Rechtsvorschriften ohnehin Anspruch auf Sachleistungen aus anderem Grunde besteht.

Artikel 15

(1) Auf Rentenempfänger aus der Rentenversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Hoheitsgebiet sich die Rentenempfänger gewöhnlich aufhalten. Dabei gilt bei Gewährung einer Rente nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Rente für die Sachleistungen als Rente des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Rentenbewerber.

Artikel 16

(1) Die nach den Artikeln 13 und 14 in Betracht kommenden Leistungen sind

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, in Fällen der stationären Tuberkulosebehandlung von dem für den Aufenthaltsort zuständigen Träger der Rentenversicherung der Arbeiter,

in Schweden

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Versicherungskasse,

zu erbringen.

(2) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen nach den Artikeln 13 und 14 zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, wie wenn die betreffenden Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(3) Die Kosten für die nach diesem Artikel zu erbringenden Sachleistungen tragen die Träger des Aufenthaltsortes.

Artikel 17

(1) Geldleistungen sind nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung auch zu zahlen, wenn sich der Berechtigte im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

(2) Die Geldleistungen werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers von dem in Artikel 16 Absatz 1 genannten Träger des Aufenthaltsortes ausgezahlt. Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die ausgezahlten Geldleistungen.

att erhålla vård, särskilt när syftet är att genomgå kurbehandling eller att vistas på hälsovårdsanstalt, vilohem eller luftkuranstalt.

3. I fråga om sättet för och omfattningen av tillhandahållande av förmåner enligt första stycket tillämpas den för vistelseortens försäkringsorgan gällande lagstiftningen.

Artikel 14

Är någon bosatt inom en fördragsslutande stats territorium och försäkrad enligt denna stats lagstiftning, erhåller hans familjemedlemmar, som är bosatta inom den andra fördragsslutande statens territorium, sjukvårdsförmåner enligt den lagstiftning som försäkringsorganet för deras bosättningsort har att tillämpa om icke redan enligt bosättningsortens lagstiftning rätt till sjukvårdsförmåner föreligger på annan grund.

Artikel 15

1. För den som åtnjuter pension från pensionsförsäkring i de fördragsslutande staterna tillämpas lagstiftningen om sjukförsäkring för pensionstagare i den fördragsslutande stat, inom vars territorium han är bosatt. Utgår pension enbart enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning betraktas därvid i fråga om sjukvårdsförmåner denna pension som pension från den förstnämnda fördragsslutande staten.

2. Första stycket äger motsvarande tillämpning på pensionssökande.

Artikel 16

1. I fall som avses i artiklarna 13 och 14 tillhandahålles förmånerna i fråga

i Förbundsrepubliken Tyskland

av den för vistelseorten behöriga allmänna ortssjukkassan eller, vid sluten tuberkulosvård, av det för vistelseorten behöriga försäkringsorganet för arbetares pensionsförsäkring,

i Sverige

av den för vistelseorten behöriga allmänna försäkringskassan.

2. Skall enskilda personer eller inrättningar enligt avtal med försäkringsorgan som anges i första stycket tillhandahålla sjukvårdsförmåner för de hos försäkringsorganet försäkrade personerna och deras familjemedlemmar, är de skyldiga att tillhandahålla sjukvårdsförmåner enligt artiklarna 13 och 14 på villkor som skulle ha gällt om där avsedda personer varit försäkrade hos försäkringsorganet eller varit sådana försäkrades familjemedlemmar och omfattats av avtalen.

3. Kostnaderna för sjukvårdsförmåner som tillhandahålles enligt denna artikel skall bäras av försäkringsorganet för vistelseorten.

Artikel 17

1. Kontantförmåner enligt sjukförsäkringslagstiftningen skall utges även om den förmånsberättigade vistas inom den andra fördragsslutande statens territorium.

2. På begäran av det behöriga försäkringsorganet skall kontantförmåner utbetalas av det i artikel 16 första stycket angivna försäkringsorganet för vistelseorten. Det behöriga försäkringsorganet ersätter försäkringsorganet för vistelseorten de utbetalade kontantförmånerna.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 18

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Feststellung des Leistungsanspruches infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen stehen solche gleich, die nach anderen Gesetzen als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des später eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 19

(1) Für den Leistungsanspruch auf Grund einer Berufskrankheit werden vom Träger eines Vertragsstaates auch die Beschäftigungen berücksichtigt, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates gewährt, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Von der Rente gewährt jeder Träger den Teil, der dem Verhältnis der Dauer der im Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaates ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung von Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 20

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat, erhält bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Sachleistungen vom Träger ihres Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,

in Schweden

von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständigen Allgemeinen Versicherungskasse.

(3) Ist nach Absatz 1 Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) zu gewähren, so wird sie von der hierfür zuständigen Stelle im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften erbracht. Zuständig ist die Stelle, die zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates zu entscheiden wäre.

Kapitel 2

Yrkesskadeförsäkring

Artikel 18

1. Skall enligt en fördragsslutande stats lagstiftning graden av arbetsförmågans nedsättning och ersättningsrätten i anledning av yrkesskada i denna lagstiftnings mening bedömas med beaktande av annan yrkesskada, gäller detta även för yrkesskada som är att hänföra till den andra fördragsslutande statens lagstiftning, som om den hade varit att hänföra till lagstiftningen om yrkesskadeförsäkring i den förstnämnda staten. Med yrkesskador som skall beaktas likställs skadefall som enligt andra författningar skall beaktas som olycksfall eller andra ersättningsfall.

2. Det försäkringsorgan som är behörigt att reglera det senare inträffade försäkringsfallet bestämmer den förmån som skall utgå med hänsyn till den nedsättning av arbetsförmågan, som försäkringsorganet har att beakta enligt den för organet gällande nationella lagstiftningen.

Artikel 19

1. För rätt till förmån i anledning av en yrkessjukdom skall en fördragsslutande stats försäkringsorgan beakta även sysselsättningar i den andra fördragsslutande staten som varit av beskaffenhet att medföra fara för sjukdomen. Föreligger därvid enligt båda de fördragsslutande staternas lagstiftningar rätt till förmån, utges sjukvårdsförmåner och kontantförmåner med undantag av livränta enbart enligt lagstiftningen i den fördragsslutande stat, inom vars territorium den berättigade är bosatt. Av en livränta utger varje försäkringsorgan så stor del som motsvarar förhållandet mellan sysselsättningstiden inom den egna fördragsslutande statens territorium och den sammanlagda sysselsättningstid som skall beaktas enligt första punkten.

2. Första stycket äger motsvarande tillämpning i fråga om förmåner till efterlevande.

Artikel 20

1. Den som på grund av yrkesskada är berättigad till sjukvårdsförmåner enligt en fördragsslutande stats lagstiftning erhåller under vistelse inom den andra fördragsslutande statens territorium sjukvårdsförmåner av försäkringsorganet för vistelseorten enligt den för detta försäkringsorgan gällande lagstiftningen.

2. I fall som avses i första stycket tillhandahålles sjukvårdsförmånerna

i Förbundsrepubliken Tyskland

av den för vistelseorten behöriga allmänna ortssjukkassan,

i Sverige

av den för den ifrågavarande personens vistelseort behöriga allmänna försäkringskassan.

3. Skall enligt första stycket yrkesmässig rehabilitering vidtagas, skall detta ske genom det härför inom vistelsestatens territorium behöriga organet enligt den för detta organ gällande lagstiftningen. Behörigt är det organ som skulle ha varit behörigt om rätten att komma i åtnjutande av åtgärderna hade varit att bedöma enligt nämnda fördragsslutande stats lagstiftning.

(4) Artikel 16 Absatz 2 gilt entsprechend.

(5) Die Kosten für die nach diesem Artikel zu erbringenden Sachleistungen tragen die Träger des Aufenthaltsortes.

Artikel 21

(1) Vorbehaltlich des Artikels 4 Absatz 1 sind Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung auch zu zahlen, wenn sich der Berechtigte im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

(2) Die Geldleistungen mit Ausnahme von Rente, Abfindungen, Pflegegeld und Sterbegeld werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers von dem in Artikel 20 Absatz 2 genannten Träger des Aufenthaltsortes ausgezahlt. Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die ausgezahlten Geldleistungen.

4. Artikel 16 andra stycket äger motsvarande tillämpning i fall som avses i denna artikel.

5. Kostnaderna för förmåner som tillhandahålles enligt denna artikel skall bäras av försäkringsorganet för vistelseorten.

Artikel 21

1. I den mån ej annat följer av artikel 4 första stycket skall kontantförmåner enligt lagstiftningen om yrkesskadeförsäkring utges även om den förmånsberättigade vistas inom den andra fördragsslutande statens territorium.

2. På begäran av det behöriga försäkringsorganet utbetalas kontantförmåner med undantag av livränta, engångsbelopp, vårdbidrag och begravningshjälp av det i artikel 20 andra stycket angivna försäkringsorganet för vistelseorten. Det behöriga försäkringsorganet ersätter försäkringsorganet för vistelseorten de utbetalade kontantförmånerna.

Kapitel 3

Rentenversicherungen

Teil 1

Rentenversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften

Artikel 22

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den schwedischen Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß die nach den schwedischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den schwedischen Rechtsvorschriften.

(2) Die nach Absatz 1 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den schwedischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind.

(3) Bemessungsgrundlagen werden aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.

(4) Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung stehen schwedische knappschaftliche Betriebe deutschen knappschaftlichen Betrieben gleich.

(5) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Absatzes 1 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsanteil nur zur Hälfte angerechnet.

(6) Der Kinderzuschuß wird, auch wenn er als Leistungsteil in der Waisenrente enthalten ist, voll gezahlt, wenn der Anspruch auf Kinderzuschuß ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 besteht und Kinderzuschuß oder Waisenrente nach den schwedischen Rechtsvorschriften nicht zu zahlen ist. Andernfalls wird der Kinderzuschuß zur Hälfte gezahlt.

Kapitel 3

Pensionsförsäkringar

Del 1

Pensionsförsäkring enligt den tyska lagstiftningen

Artikel 22

1. Föreligger enligt båda de fördragsslutande staternas lagstiftningar försäkringsperioder som skall tillgodoräknas, beaktas för förvärv av rätt till förmån enligt den tyska lagstiftningen även försäkringsperioder enligt den svenska lagstiftningen som ej avser samma tid. Frågor i vilken omfattning försäkringsperioder som fullgjorts enligt den svenska lagstiftningen kan tillgodoräknas prövas enligt svensk lagstiftning.

2. Försäkringsperioder som skall beaktas enligt första stycket hänförs till den försäkringsgren, vars försäkringsorgan är behörigt att fastställa förmån när enbart tysk lagstiftning tillämpas. Skulle i enlighet härmed pensionsförsäkringen för gruvarbetare vara behörig, beaktas inom denna de försäkringsperioder som skall beaktas enligt den svenska lagstiftningen under förutsättning att dessa perioder fullgjorts i gruvarbete under jord.

3. Beräkningsunderlaget utgörs av de försäkringsperioder som enligt den tyska lagstiftningen skall beaktas för pensionsberäkningen.

4. För bortfall av utjämningsförmån inom försäkringen för gruvarbetare likställs svensk gruvdrift med tysk gruvdrift.

5. Uppfylls villkoren för pensionsrätt endast med beaktande av första stycket, tillgodoräknas den på antagandetid belöpande förmånsandelen endast till hälften.

6. Föreligger rätt till barntillägg utan åberopande av första stycket och utgår icke barntillägg eller barnpension enligt den svenska lagstiftningen, utges barntillägget med fullt belopp även om det ingår som delförmån i barnpension. I annat fall utges barntillägget med halva sitt belopp.

(7) Hängt die Versicherungspflicht davon ab, daß weniger als eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den schwedischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten für die Entscheidung über die Versicherungspflicht berücksichtigt.

7. Beror försäkringsplikt av att mindre än ett visst antal avgifter erlagts, beaktas vid beslut om försäkringsplikt försäkringsperioder som skall beaktas enligt den svenska lagstiftningen.

Teil 2

Rentenversicherung nach den schwedischen Rechtsvorschriften

Del 2

Pensionsförsäkring enligt den svenska lagstiftningen

Artikel 23

Bei Anwendung dieses Abkommens sind Volksrenten nach den schwedischen Rechtsvorschriften ausschließlich nach den Artikeln 24 und 25 zu gewähren.

Artikel 23

Vid denna konventions tillämpning utges folkpensioner enligt den svenska lagstiftningen uteslutande enligt artiklarna 24 och 25.

Artikel 24

(1) Ein deutscher Staatsangehöriger, der sich in Schweden gewöhnlich aufhält, hat unter denselben Bedingungen, mit demselben Betrag und mit denselben Zusatzleistungen wie ein schwedischer Staatsangehöriger Anspruch auf eine Volksrente

a) in Form der Altersrente,

wenn er sich seit mindestens fünf Jahren in Schweden gewöhnlich aufhält und sich dort nach Vollendung des 16. Lebensjahres insgesamt mindestens zehn Jahre gewöhnlich aufgehalten hat,

b) in Form der Invaliditätsrente,

wenn er sich

aa) seit mindestens fünf Jahren in Schweden gewöhnlich aufhält

oder

bb) in Schweden gewöhnlich aufhält und während dieses Aufenthalts ununterbrochen mindestens ein Jahr normal erwerbsfähig war,

c) in Form der Witwen- oder Waisenrente,

aa) wenn sich der Verstorbene unmittelbar vor seinem Tod mindestens fünf Jahre in Schweden gewöhnlich aufgehalten hatte und sich der Hinterbliebene am Tag des Todes in Schweden gewöhnlich aufhielt

oder

bb) wenn sich der Hinterbliebene seit mindestens fünf Jahren in Schweden gewöhnlich aufhält und sich der Hinterbliebene oder der Verstorbene am Tag des Todes in Schweden gewöhnlich aufhielt.

(2) Eine nach Absatz 1 zustehende Invaliditätsrente oder Witwenrente wird mit Erreichung des allgemeinen Rentenalters ohne Antrag in eine Altersrente umgewandelt.

(3) Für den Anspruch auf Behindertenbeihilfe gilt Absatz 1 Buchstabe b entsprechend.

(4) Die Pflegehilfe für ein behindertes Kind steht dem Vater oder der Mutter des Kindes zu, wenn sich die betreffende Person seit mindestens einem Jahr in Schweden gewöhnlich aufhält.

Artikel 24

1. I Sverige bosatt tysk medborgare har under samma förutsättningar, med samma belopp och med samma tilläggsförmåner som svenska medborgare rätt till folkpension

a) i form av ålderspension,

om han är bosatt i Sverige sedan minst fem år och efter fyllda 16 år varit bosatt där sammanlagt minst tio år,

b) i form av förtidspension,

om han

aa) är bosatt i Sverige sedan minst fem år

eller

bb) är bosatt i Sverige och under denna bosättning oavbrutet minst ett år varit normalt arbetsför,

c) i form av änke- eller barnpension,

aa) om den avlidne omedelbart före sin död varit bosatt i Sverige minst fem år och den efterlevande vid dödsfallet var bosatt i Sverige

eller

bb) om den efterlevande är bosatt i Sverige sedan minst fem år och den efterlevande eller den avlidne vid dödsfallet var bosatt i Sverige.

2. Förtidspension eller änkepension, vartill rätt föreligger enligt första stycket, ersättes utan ansökan med ålderspension när personen i fråga uppnår den allmänna pensionsåldern.

3. För rätt till handikappersättning äger första stycket b motsvarande tillämpning.

4. Rätt till vårdbidrag för handikappat barn tillkommer barnets fader eller moder, om han eller hon är bosatt i Sverige sedan minst ett år.

Artikel 25

(1) Ein deutscher Staatsangehöriger, der die Voraussetzungen nach Artikel 24 nicht erfüllt, jedoch Anspruch auf eine Zusatzrente hat, hat vorbehaltlich des Absatzes 3 bei gewöhnlichem Aufenthalt innerhalb oder außerhalb Schwedens Anspruch auf eine Volksrente mit Zusatzleistungen entsprechend der Anzahl der Kalenderjahre, für die ihm oder, wenn es sich um eine Witwen-

Artikel 25

1. Tysk medborgare som ej uppfyller de i artikel 24 angivna villkoren men har rätt till tilläggspension är, i den mån ej annat föreskrives i tredje stycket, vid bosättning inom eller utom Sverige berättigad till folkpension med tilläggsförmåner i förhållande till det antal kalenderår, för vilka han eller, när fråga är om änke- eller barnpension, den avlidne tillgodoräknats pensionspoäng

oder Waisenrente handelt, dem Verstorbenen in der Versicherung für Zusatzrente Rentenpunkte gutgeschrieben worden sind. Besteht danach ein Anspruch auf eine volle Zusatzrente, so wird die Volksrente ungekürzt gewährt. Andernfalls wird eine verhältnismäßig gekürzte Volksrente gewährt.

(2) Eine Witwenrente nach Absatz 1 wird mit Erreichung des allgemeinen Rentenalters ohne Antrag in eine Altersrente umgewandelt. Besteht auf Grund eigener Versicherungszeiten der Witwe Anspruch auf eine höhere Altersrente, so wird diese gewährt.

(3) Die Behindertenbeihilfe, soweit sie nicht als Zulage zu einer Volksrente zusteht, die Pflegebeihilfe für behinderte Kinder, der Rentenzuschuß und die Rentenleistungen, die von einer Einkommensprüfung abhängen, werden nur bei gewöhnlichem Aufenthalt des Berechtigten in Schweden gewährt.

inom försäkringen för tilläggspension. Föreligger härvid rätt till full tilläggspension, utgår oavkortad folkpension. I annat fall utgår folkpension med i motsvarande mån reducerat belopp.

2. Änkepension enligt första stycket ersättes utan ansökan med ålderspension när änkan uppnår den allmänna pensionsåldern. Skulle med beaktande av försäkringsperioder som fullgjorts av änkan själv rätt föreligga till högre ålderspension, utges denna.

3. Handikappersättning som ej utgår som tillägg till folkpension samt vårdbidrag för handikappat barn, pensionstillskott och inkomstprövade pensionsförmåner utges endast för tid då den till sådan förmån berättigade är bosatt i Sverige.

Artikel 26

Für die Gewährung von Zusatzrenten nach den schwedischen Rechtsvorschriften gilt folgendes:

1. Rentenpunkte werden Personen, die nicht schwedische Staatsangehörige sind, nur auf Grund einer Erwerbstätigkeit während des gewöhnlichen Aufenthalts in Schweden gutgeschrieben.
2. Hat eine Person Versicherungszeiten sowohl in der schwedischen Zusatzrentenversicherung als auch in der deutschen Rentenversicherung erworben, so sind diese für den Erwerb eines Anspruches auf Zusatzrente zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den deutschen Rechtsvorschriften.
3. Für die Berechnung einer Zusatzrente sind nur Versicherungszeiten nach den schwedischen Rechtsvorschriften heranzuziehen.

Artikel 26

För utgivande av tilläggspension enligt den svenska lagstiftningen gäller följande:

1) Den som ej är svensk medborgare tillgodoräknas pensionpoäng endast på grund av sysselsättning under bosättning i Sverige.

2) Har någon fullgjort försäkringsperioder inom både den svenska försäkringen för tilläggspension och den tyska pensionsförsäkringen, skall dessa för förvärv av rätt till tilläggspension sammanräknas i den mån de ej sammanfaller. Frågor i vilken omfattning försäkringsperioder som fullgjorts enligt den tyska lagstiftningen kan tillgodoräknas prövas enligt tysk lagstiftning.

3) För beräkning av tilläggspension beaktas endast försäkringsperioder enligt den svenska lagstiftningen.

Abschnitt III
Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1
Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 27

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen werden jedoch erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Avdelning III
Övriga bestämmelser

Kapitel 1
Myndighetsbistånd och rättshjälp

Artikel 27

1. De fördragsslutande staternas försäkringsorgan, sammanslutningar av försäkringsorgan, myndigheter och domstolar skall vid tillämpningen av den lagstiftning som anges i artikel 2 första stycket och av denna konvention lämna varandra ömsesidigt bistånd på samma sätt som vid tillämpning av den för dem gällande lagstiftningen. Biståndet lämnas kostnadsfritt. Kontantutlägg skall dock ersättas.

2. Första stycket första punkten äger motsvarande tillämpning beträffande läkarundersökningar. Kostnader för sådana undersökningar, resekostnader, gottgörelse för mistad arbetsförtjänst, uppehållskostnader i samband med undersökning och andra kontantutlägg med undantag av portokostnader ersätts av det organ som begärt undersökningen. Kostnaderna ersätts icke, om det ligger i båda de fördragsslutande staternas behöriga försäkringsorgans intresse att läkarundersökningen kommer till stånd.

Artikel 28

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstrekkungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates.

Artikel 28

1. Av en fördragsslutande stats domstolar meddelade verkställbara domar liksom även av en fördragsslutande stats försäkringsorgan eller myndigheter meddelade verkställbara beslut om avgifter och andra fordringar på grund av socialförsäkring erkännes i den andra fördragsslutande staten.

2. Erkännande får vägras endast om det strider mot den allmänna ordningen i den fördragsslutande stat där domen eller beslutet åberopas.

3. Enligt första stycket erkända verkställbara domar och beslut verkställes i den andra fördragsslutande staten. Härvid förfares i enlighet med vad som enligt lagstiftningen i den stat, inom vars territorium verkställandet skall ske, gäller för verkställande av i denna stat meddelade motsvarande domar och beslut. Utskrift av domen eller beslutet måste förses med intyg om dess verkställbarhet (exigibilitetsklausul).

4. Har försäkringsorgan i en fördragsslutande stat fordran på oguldna avgifter, skall vid tvångsverkställighet liksom även vid konkurs- och förlikningsförfarande i den andra staten sådan fordran ha samma förmånsrätt som en motsvarande fordran i denna stat.

Artikel 29

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 29

1. I en fördragsslutande stats lagstiftning föreskriven befrielse från eller nedsättning av skatter eller avgifter, däri inbegripna konsulära och administrativa avgifter, för handlingar eller beslut, som skall företes i och för tilllämpning av denna lagstiftning, utsträckes att omfatta även motsvarande handlingar och beslut som skall företes i och för tillämpningen av denna konvention eller av den i artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen i den andra fördragsslutande staten.

2. Beslut, som skall företes i och för tillämpningen av denna konvention eller den i artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen, behöver icke förses med äkthetsbevis eller underkastas någon annan liknande formalitet vid åberopande hos den andra fördragsslutande statens organ.

Artikel 30

Die in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 30

I artikel 27 första stycket avsedda organ kan vid tilllämpningen av den i artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen och av denna konvention träda i omedelbar förbindelse med varandra och med berörda personer och deras ombud på sitt tjänstespråk. Lagstiftning om anlitande av tolk påverkas ej. Domar, beslut och andra handlinger kan direkt tillställas en person som uppehåller sig inom den andra fördragsslutande statens territorium i rekommenderad försändelse med mottagningsbevis.

Artikel 31

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

Artikel 31

1. Har ansökan om förmån enligt en fördragsslutande stats lagstiftning gjorts hos ett organ i den andra fördragsslutande staten, som är behörigt att mottaga ansökan om en motsvarande förmån enligt den för detta organ gällande lagstiftningen, betraktas ansökningen som gjord hos det behöriga försäkringsorganet. Vad nu sagts äger motsvarande tillämpning på andra ansökningar, förklaringar och besvärsskrifter.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaates, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich ist.

2. Ansökningar, förklaringar och besvärsskrifter skall av det organ i den ena fördragsslutande staten, till vilket de ingivits, ofördröjligen vidarebefordras till den andra statens behöriga organ.

3. Ansökan om förmåner enligt den ena fördraggslutande statens lagstiftning betraktas även som ansökan om en motsvarande förmån enligt lagstiftningen i den andra fördragsslutande staten. Detta gäller dock icke, om sökanden uttryckligen begär att fastställandet av rätt som förvärvats enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning skall uppskjutas och sådant fall är förhanden, att han enligt denna fördragsslutande stats lagstiftning kan välja den tidpunkt, från vilken förmånen skall utgå.

Artikel 32

Die berufskonsularischen Behörden des einen Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den in Artikel 27 Absatz 1 genannten Stellen im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Artikel 32

Den ena fördragsslutande statens yrkeskonsulära myndigheter i den andra fördragsslutande staten har rätt att utan företeende av fullmakt, på förmånsberättigads begäran, vidtaga åtgärder som behövs för att trygga och vidmakthålla rättigheter för den förstnämnda statens medborgare. Särskilt kan de hos organ, som avses i artikel 27 första stycket i medborgarens intresse göra ansökningar, avge förklaringar och inlämna besvärsskrifter.

Kapitel 2
Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 33

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn-Bad Godesberg,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Lübeck,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

im Königreich Schweden
das Reichsversicherungsamt, Stockholm.

Kapitel 2
Konventionens tillämpning och tolkning

Artikel 33

1. De behöriga myndigheterna kan överenskomma om de administrativa åtgärder som behövs för konventionens tillämpning. De skall underrätta varandra om ändringar och utvidgningar av den lagstiftning som anges i artikel 2.

2. För konventionens tillämpning inrättas följande förbindelseorgan:

i Förbundsrepubliken Tyskland

för sjukförsäkring
ortssjukkassornas förbundsorganisation, Bonn-Bad Godesberg,

för yrkesskadeförsäkring
de industriella yrkesföreningarnas huvudorganisation e. V., Bonn,

för pensionsförsäkring för arbetare
landsförsäkringsanstalten Schleswig-Holstein, Lübeck,

för pensionsförsäkring för tjänstemän
förbundsförsäkringsanstalten för tjänstemän, Berlin,

för pensionsförsäkring för gruvarbetare
förbundsgruvarbetarorganisationen, Bochum,

för tilläggsförsäkringen för gruvarbetare
landsförsäkringsanstalten för Saarlandet, Saarbrücken;

i Konungariket Sverige
riksförsäkringsverket, Stockholm.

Artikel 34

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaates an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die

Artikel 34

Kontantförmåner kan av en fördragsslutande stats försäkringsorgan med befriande verkan utges till en person, som uppehåller sig inom den andra fördragsslutande statens territorium, i denna stats valuta. I förhållandet mellan försäkringsorganet och den till förmånen berättigade

Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger im Falle des Artikels 28 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

gäller för omräkningen den dags kurs som lagts till grund för kontantförmånens överförande. Ett försäkringsorgans utbetalningar till ett försäkringsorgan i den andra fördragsslutande staten skall ske i den sistnämnda statens valuta. Ett försäkringsorgans utbetalningar till ett försäkringsorgan i den andra fördragsslutande staten i fall som avses i artikel 28 skall ske i den förstnämnda statens valuta.

Artikel 35

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaates Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaates Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates.

Artikel 35

1. Har en fördragsslutande stats försäkringsorgan felaktigt utgivit kontantförmåner, kan det felaktigt utbetalade beloppet för försäkringsorganets räkning avdragas från en motsvarande förmån enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning.

2. Har en fördragsslutande stats försäkringsorgan utgivit förskott avseende en förmån enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning, skall det utbetalade beloppet avdragas från förmånen för försäkringsorganets räkning.

3. Är någon enligt en fördragsslutande stats lagstiftning berättigad till en kontantförmån för tid, för vilken han eller hans familjemedlemmar erhållit förmåner från ett socialhjälpsorgan i den andra fördragsslutande staten, skall denna kontantförmån på begäran av det ersättningsberättigade socialhjälpsorganet innehållas för dettas räkning som om detta organ var ett socialhjälpsorgan med säte inom den förstnämnda statens territorium.

Artikel 36

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 36

1. Tvister mellan de båda fördragsslutande staterna om konventionens tolkning eller tillämpning skall såvitt möjligt biläggas genom de behöriga myndigheterna.

2. Kan en tvist icke biläggas på detta sätt, hänskjutes den på begäran av en fördragsslutande stat till en skiljedomstol.

3. Skiljedomstol bildas för varje särskilt fall genom att var och en av de fördragsslutande staterna utser en medlem och dessa båda medlemmar enar sig om en medborgare i en tredje stat som ordförande, vilken utses av de båda fördragsslutande staternas regeringar. Medlemmarna utses inom två månader och ordföranden inom tre månader från det den ena fördragsslutande staten meddelat den andra att den ämnar underställa tvisten en skiljedomstol.

4. Om de i tredje stycket angivna fristerna icke iakttages, kan i brist på annan överenskommelse var och en av de fördragsslutande staterna hänvända sig till presidenten för den europeiska domstolen för mänskliga rättigheter med begäran om erforderliga personers utseende. Är presidenten medborgare i en av de fördragsslutande staterna eller är han av annan anledning förhindrad, skall personerna utses av vicepresidenten. Är även vicepresidenten medborgare i en av de fördragsslutande staterna eller är även han förhindrad, skall personerna utses av den till rangen därefter främste medlemmen av domstolen, som icke är medborgare i någon av de fördragsslutande staterna.

5. Skiljedomstolen träffar sitt avgörande genom majoritetsbeslut på grundval av föreliggande fördrag mellan parterna och allmän folkrätt. Dess beslut är bindande. Var och en av de fördragsslutande staterna bär kostnaderna för sin medlem och för sitt deltagande i förfarandet inför skiljedomstolen. Kostnaderna för ordföranden och övriga kostnader bärs av de fördragsslutande staterna till lika delar. Skiljedomstolen kan besluta om annan kostnadsreglering. I övrigt reglerar skiljedomstolen själv sitt förfarande.

Abschnitt IV
Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 37

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 31 Absatz 2 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrages weiter zu gewähren.

Artikel 38

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 39

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Schweden innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 40

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 41

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthaltes im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN ZU STOCKHOLM am 27. Februar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Dietrich Stoecker
Walter Arendt

Für das Königreich Schweden
Sven Aspling

Avdelning IV
Övergångs- och slutbestämmelser

Artikel 37

1. Denna konvention grundar ingen rätt till förmåner för tid före dess ikraftträdande.

2. Vid denna konventions tillämpning beaktas även före ikraftträdandet inträffade omständigheter av betydelse enligt de fördragsslutande staternas lagstiftningar.

3. Tidigare avgöranden hindrar icke konventionens tillämpning.

4. Pensioner som fastställts före denna konventions ikraftträdande kan med beaktande av konventionen av försäkringsorgan självmant omprövas utan ansökan. I sådana fall betraktas, utan hinder av artikel 33 andra stycket, den dag då försäkringsorganet inleder sitt förfarande som dag för ansökan enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning.

5. Skulle omprövning enligt fjärde stycket innebära att pension ej skall utgå eller att pension skall utgå med lägre belopp än det som senast utbetalats för tid före denna konventions ikraftträdande, skall pensionen alltjämt utgå med samma belopp som förut.

Artikel 38

Det bifogade slutprotokollet utgör en beståndsdel av denna konvention.

Artikel 39

Denna konvention gäller även för Land Berlin, såvida icke Förbundsrepubliken Tysklands regering till Konungariket Sveriges regering avger en motsatt förklaring inom tre månader efter denna konventions ikraftträdande.

Artikel 40

1. Denna konvention skall ratificeras. Ratifikationshandlingarna skall så snart som möjligt utväxlas i Bonn.

2. Denna konvention träder i kraft första dagen i den andra månaden efter utgången av den månad, under vilken ratifikationshandlingarna utväxlas.

Artikel 41

1. Konventionen ingås för obestämd tid. Var och en av de fördragsslutande staterna kan med iakttagande av tre månaders uppsägningstid uppsäga den till utgången av ett kalenderår.

2. Träder konventionen på grund av uppsägning ur kraft, skall dess bestämmelser gälla beträffande förmån vartill rätt förvärvats dessförinnan. Lagstiftning som inskränker rätten till förmån för den som vistas utomlands eller föreskriver innehållande eller indragning av förmån i sådant fall tillämpas ej beträffande förmån som nyss sagts.

TILL BEVIS HÄROM har undertecknade, därtill befullmäktigade av sina regeringar, undertecknat denna konvention och försett den med sina sigill.

SOM SKEDDE I STOCKHOLM den 27 februari 1976 i två originalexemplar, vartdera på svenska och tyska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Konungariket Sverige
Sven Aspling

För Förbundsrepubliken Tyskland
Dietrich Stoecker
Walter Arendt

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit

Slutprotokoll till konvention mellan Konungariket Sverige och Förbundsrepubliken Tyskland om social trygghet

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Altershilfe für Landwirte gilt Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens nicht.

b) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaates bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

c) Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens und die Bestimmung unter Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

2. Zu Artikel 3 des Abkommens:

a) Versicherungslastregelungen in den von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Staatsverträgen bleiben unberührt.

b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

c) Schwedische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben oder auf Grund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben b und c bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet Schwedens aufhalten.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften über die Gewährung von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung werden nicht berührt.

Vid undertecknandet av den denna dag mellan Konungariket Sverige och Förbundsrepubliken Tyskland ingångna konventionen om social trygghet har de båda fördragsslutande staternas befullmäktigade ombud förklarat sig eniga om följande:

1. Till artikel 2:

a) Konventionens avdelning II kapitel 3 tillämpas icke på den i Förbundsrepubliken Tyskland gällande tillläggsförsäkringen för gruvarbetare och åldershjälpen för lantbrukare.

b) Om enligt en fördragsslutande stats lagstiftning förutsättningarna är uppfyllda för tillämpning av både denna konvention och en annan konvention eller en överstatlig bestämmelse, skall denna fördragsslutande stats försäkringsorgan vid konventionens tillämpning bortse från den andra konventionen eller den överstatliga bestämmelsen.

c) Konventionens artikel 2 andra stycket och bestämmelsen under punkten b härovan tillämpas icke på lagstiftning om social trygghet som för Förbundsrepubliken Tysklands del följer av mellanstatlig överenskommelse eller av överstatlig rätt eller som avser tilllämpningen av sådan överenskommelse eller rätt i den mån lagstiftningen innehåller särskild reglering av försäkringsförpliktelser (Versicherungslastregelungen).

2. Till artikel 3:

a) Särskild reglering av försäkringsförpliktelser (Versicherungslastregelungen) i överenskommelse, som Förbundsrepubliken Tyskland ingått med annan stat berörs ej.

b) En fördragsslutande stats lagstiftning om säkerställande av försäkrades och arbetsgivares medverkan i organ för försäkringsorgans och sammanslutningars självförvaltning och i den dömande verksamheten på den sociala trygghetens område berörs ej.

c) Svenska medborgare som är bosatta utanför Förbundsrepubliken Tysklands territorium är berättigade till frivillig försäkring inom den tyska pensionsförsäkringen, om de med laga verkan erlagt avgifter för minst 60 månader till denna eller var berättigade till frivillig försäkring på grund av övergångsbestämmelser som var i kraft före den 19 oktober 1972. Detta gäller även för sådana inom Sveriges territorium bosatta flyktingar och statslösa som avses i artikel 3 andra stycket b och c.

3. Till artikel 4:

Den tyska lagstiftningen om utgivande av förmåner för medicinsk, yrkesmässig och kompletterande rehabilitering genom försäkringsorgan för pensionsförsäkringen berörs ej.

4. Zu den Artikeln 4 und 21 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war,

Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind,

werden nicht berührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 10 des Abkommens:

Ist eine Person im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates beschäftigt und unterliegt sie nach den Artikeln 6 bis 10 den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, als wäre sie in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt, so wird sie so behandelt, als hätte sie auch ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die Personen, die in den in Artikel 9 genannten Bestimmungen bezeichnet sind, unterliegen, wenn sie in Schweden beschäftigt und deutsche Staatsangehörige sind, den deutschen Rechtsvorschriften in bezug auf die Versicherungspflicht, als wären sie in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, soweit sie nicht der Versicherungspflicht nach den schwedischen Rechtsvorschriften unterliegen. Sie gelten als an dem Ort beschäftigt, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

7. Zu Artikel 11 des Abkommens:

a) Für die Anwendung der schwedischen Rechtsvorschriften steht eine deutsche Rente einer schwedischen Zusatzrente gleich.

b) Bei Zusammentreffen einer Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung mit einer Rente nach den schwedischen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung wird bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften nur die für die Berechnung der deutschen Rente maßgebende Bemessungsgrundlage berücksichtigt.

c) Artikel 11 berührt nicht die deutschen Rechtsvorschriften über die Erstattung von Beiträgen aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Falle der nicht in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Personen.

8. Zu Artikel 12 des Abkommens:

a) Verlegt eine Person, die nach den schwedischen Rechtsvorschriften versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, so kann sie die Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften freiwillig fortsetzen. Dabei steht dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften das Ausscheiden aus der schwedischen Allgemeinen Versicherungskasse gleich. Die Versicherung wird bei der für den Ort des gewohnlichen Aufenthalts zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse fortgesetzt. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Personen, deren Rechte auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableiten.

b) Für das Recht auf freiwillige Weiterversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften über die gesetzliche Krankenversicherung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

c) Artikel 12 gilt entsprechend für Leistungen, deren Gewährung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

4. Till artiklarna 4 och 21:

Den tyska lagstiftningen om förmåner

på grund av yrkesskada, vid vars inträffande den skadade icke var försäkrad enligt tysk förbundsrätt,

på grund av försäkringsperioder, som icke fullgjorts enligt tysk förbundsrätt,

berörs ej.

5. Till artikel 6—10:

Den som är sysselsatt inom den ena fördragsslutande statens territorium men enligt artiklarna 6—10 skall omfattas av den andra fördragsslutande statens lagstiftning som om han var sysselsatt inom dess territorium betraktas som om han även var bosatt inom denna stats territorium.

6. Till artikel 9:

Personer som avses i de i artikel 9 angivna bestämmelserna skall, om de är sysselsatta i Sverige och är tyska medborgare, i den mån de icke omfattas av den svenska lagstiftningen vara underkastade försäkringsplikt enligt den tyska lagstiftningen som om de var sysselsatta i Förbundsrepubliken Tyskland. De betraktas som sysselsatta på den ort, där den tyska behöriga myndigheten har sitt säte.

7. Till artikel 11:

a) Vid tillämpning av den svenska lagstiftningen likställs tysk pension med svensk tilläggspension.

b) Vid sammanträffande av pension enligt den tyska lagstiftningen om pensionsförsäkring med livränta enligt den svenska lagstiftningen om yrkesskadeförsäkring beaktas vid tillämpning av den tyska lagstiftningen endast det beräkningsunderlag som gäller för den tyska pensionens beräkning.

c) När fråga är om personer som icke anges i artikel 3 andra stycket berörs ej den tyska lagstiftningen om återbetalning av avgifter från pensionsförsäkringen.

8. Till artkel 12:

a) Bosätter sig någon som har varit försäkrad enligt den svenska lagstiftningen inom Förbundsrepubliken Tysklands territorium, har han rätt till frivillig fortsättningsförsäkring enligt den tyska lagstiftningen. Därvid likställs upphörande av inskrivning hos svensk allmän försäkringskassa med avslutandet av försäkringspliktig sysselsättning enligt den tyska lagstiftningen. Försäkringen fortsättes vid den för bosättningsorten behöriga allmänna ortssjukkassan. Vad nu sagts äger motsvarande tillämpning på personer, vilkas rätt till vidareförsäkring härleder sig från en annan persons försäkring.

b) För rätt till frivillig vidareförsäkring enligt den tyska lagstiftningen om sjukförsäkring skall försäkringsperioder som fullgjorts enligt de båda fördragsslutande staternas lagstiftningar sammanräknas i den mån de ej sammanfaller.

c) Artikel 12 äger motsvarande tillämpning på förmåner, som enligt den tyska lagstiftningen utges efter skönsmässig prövning av ett försäkringsorgan.

9. Zu Artikel 15 des Abkommens:

a) Sind nach Absatz 1 Satz 2 die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so wird ein Beitragszuschuß zur Krankenversicherung der Rentner nicht gewährt.

b) Soweit sich Empfänger von Renten aus der deutschen Rentenversicherung bis zum Inkrafttreten des Abkommens gewöhnlich im Hoheitsgebiet Schwedens aufhielten und Anspruch auf die Gewährung eines Beitragszuschusses nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner hatten, bleibt dieser unberührt, solange sie sich weiterhin im Hoheitsgebiet Schwedens gewöhnlich aufhalten.

c) Bei Anwendung des Absatzes 1 Satz 2 gilt eine Rente, die nach den schwedischen Rechtsvorschriften über die Volksrente oder Zusatzrente gewährt wird, hinsichtlich der Zuständigkeit als Rente aus der Rentenversicherung der Arbeiter.

10. Zu Artikel 16 Absatz 3 und Artikel 20 Absatz 5 des Abkommens:

a) Hat eine Person nach den deutschen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung des Abkommens Leistungen für einen Schaden zu erhalten, für den ihr nach anderen deutschen Vorschriften gegen einen Dritten ein Ersatzanspruch zusteht, so geht dieser nach Maßgabe der deutschen Rechtsvorschriften auf den Träger über, der die Leistungen gewährt.

b) Nach Vorliegen von einen längeren Zeitraum erfassenden Erfahrungen über die Anwendung der Artikel 16 Absatz 3 und 20 Absatz 5 werden die Vertragsstaaten gemeinsam prüfen, ob für die Kosten der in diesen Bestimmungen vorgesehenen Leistungen eine andere Regelung getroffen werden soll.

11. Zu Artikel 17 des Abkommens:

Der Entbindungskostenpauschbetrag nach den deutschen Rechtsvorschriften gilt als Geldleistung im Sinne des Artikels 17.

12. Zu Artikel 18 des Abkommens:

Wirkt sich nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe der Leistung aus der Unfallversicherung aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer entsprechenden Rente nach den schwedischen Rechtsvorschriften zu.

13. Zu Artikel 20 des Abkommens:

a) Anstelle des in Absatz 2 genannten deutschen Trägers kann der Träger der deutschen Unfallversicherung die Leistung erbringen, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre.

b) Zuständige Stelle für die in Absatz 3 vorgesehenen Leistungen ist im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland der Träger der Unfallversicherung, im Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden das Arbeitsmarktsamt.

14. Zu Artikel 22 Absatz 1 des Abkommens:

a) Den nach den schwedischen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten stehen für die Berücksichtigung bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften Kalenderjahre des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden gleich, die nach Vollendung des 16. Lebensjahres vor dem 1. Januar 1960 zurückgelegt wurden, soweit die betreffende Person während dieser Jahre der staatlichen Einkommensteuer in Schweden unterlag.

9. Till artikel 15:

a) Skall enligt första stycket andra punkten den tyska lagstiftningen tillämpas, utges icke avgiftstillskott för pensionstagares sjukförsäkring.

b) I den mån personer, som uppbär pensioner från den tyska pensionsförsäkringen, intill konventionens ikraftträdande var bosatta inom Sveriges territorium och var berättigade till avgiftstillskott enligt den tyska lagstiftningen om pensionstagares sjukförsäkring, kvarstår denna rätt så länge de fortsätter att vara bosatta inom Sveriges territorium.

c) Vid tillämpningen av första stycket andra punkten skall en pension, som utges enligt den svenska lagstiftningen om folkpension eller tilläggspension, betraktas som pension från pensionsförsäkringen för arbetare.

10. Till artikel 16 tredje stycket och artikel 20 femte stycket:

a) Är någon enligt den tyska lagstiftningen med beaktande av konventionen berättigad till förmåner för en skada, för vilken han enligt annan tysk rätt kan kräva ersättning av tredje man, övergår detta krav i den mån den tyska lagstiftningen medger detta till det försäkringsorgan som utger förmånerna.

b) När en längre tids erfarenheter föreligger om tillämpningen av artikel 16 tredje stycket och artikel 20 femte stycket prövar de fördragsslutande staterna gemensamt, om kostnaderna för förmåner som avses i dessa bestämmelser skall regleras på annat sätt.

11. Till artikel 17:

Engångsbelopp vid förlossning enligt den tyska lagstiftningen betraktas som kontantförmån enligt artikel 17.

12. Till artikel 18:

Inverkar enligt den tyska lagstiftningen en pension från pensionsförsäkringen på storleken av förmån från yrkesskadeförsäkringen, medför en motsvarande pension som åtnjuts enligt den svenska lagstiftningen samma verkan.

13. Till artikel 20:

a) I det i andra stycket angivna tyska försäkringsorganets ställe kan förmånen utges av det försäkringsorgan för den tyska yrkesskadeförsäkringen, som skulle vara behörigt om beslut om rätt till förmånen fattades enligt den tyska lagstiftningen.

b) Behörigt organ för åtgärder som avses i tredje stycket är inom Förbundsrepubliken Tysklands territorium yrkesskadeförsäkringens försäkringsorgan och inom Konungariket Sveriges territorium arbetsmarknadsstyrelsen.

14. Till artikel 22 första stycket:

a) Med försäkringsperioder som kan tillgodoräknas enligt den svenska lagstiftningen likställes vid tillämpning av den tyska lagstiftningen kalenderår varunder någon efter fyllda 16 år varit bosatt inom Konungariket Sveriges territorium före den 1 januari 1960, i den mån för personen i fråga för dessa år beräknats till svensk statlig inkomstskatt taxerad inkomst.

b) Für die Gewährung des Leistungszuschlages nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den schwedischen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten unberücksichtigt.

c) Artikel 22 Absatz 1 gilt in der deutschen Rentenversicherung für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend.

15. Zu Artikel 25 des Abkommens:

a) Haben Ehegatten je einen Anspruch auf Volksrente und wäre die Summe dieser Renten geringer als die einem Ehegatten allein zustehende Rente, so sind die Renten um den Unterschiedsbetrag zu erhöhen. Dieser wird verhältnismäßig auf die beiden Renten verteilt.

b) Der nach Absatz 1 erforderliche Anspruch auf Zusatzrente gilt als erfüllt, wenn die betreffende Person oder, im Falle einer Witwen- oder Waisenrente, wenn der Verstorbene vor dem Jahr 1960 der staatlichen Einkommensteuer in Schweden während eines Zeitraumes unterlag, der, erforderlichenfalls unter ergänzender Heranziehung von Jahren, für die Rentenpunkte in der Versicherung für Zusatzrente gutgeschrieben sind, sowie von Versicherungszeiten in der deutschen Rentenversicherung, mindestens drei Jahre beträgt. Hierbei stehen einem Jahr, während dessen die in Betracht kommende Person der staatlichen Einkommensteuer in Schweden unterlag, zwölf in der deutschen Rentenversicherung erworbene Versicherungsmonate gleich.

c) Für die Berechnung der Volksrente stehen bei Anwendung des Absatzes 1 den Jahren, für die in der Versicherung für Zusatzrente Rentenpunkte gutgeschrieben sind, jene Einkommensjahre vor dem Jahre 1960 gleich, während welcher die betreffende Person der staatlichen Einkommensteuer in Schweden unterlag.

d) Beansprucht eine Person unter Bezugnahme auf die Bestimmungen unter den Buchstaben b oder c eine Rente, so hat sie die Voraussetzungen für den Anspruch glaubhaft zu machen.

16. Zu Artikel 26 des Abkommens:

a) Die Rechtsvorschriften über die Berechnung von Zusatzrenten für schwedische Staatsangehörige, die vor dem Jahr 1924 geboren sind, bleiben unberührt.

b) Die Rechtsvorschriften über die Gutschrift von Rentenpunkten für ausländische Staatsangehörige auf Grund der Beschäftigung auf einem schwedischen Seeschiff werden nicht berührt.

17. Bei der Anwendung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

GESCHEHEN ZU STOCKHOLM am 27. Februar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Dietrich Stoecker
Walter Arendt

Für das Königreich Schweden
Sven Aspling

b) För utgivande av förmånstillägg enligt den tyska lagstiftningen om pensionsförsäkring för gruvarbetare beaktas icke försäkringsperioder som kan tillgodoräknas enligt den svenska lagstiftningen.

c) Artikel 22 första stycket äger inom den tyska pensionsförsäkringen motsvarande tillämpning med avseende på förmåner, som utges efter försäkringsorganets skönsmässiga bedömning.

15. Till artikel 25:

a) Understiger i fall, då makar båda är berättigade till folkpension, pensionernas sammanlagda belopp den pension som skulle tillkomma en av makarna om endast denne var pensionsberättigad, förhöjes pensionerna med skillnadsbeloppet. Detta fördelas proportionellt mellan de bägge pensionerna.

b) Villkoret om rätt till tilläggspension enligt första stycket skall anses vara uppfyllt om för personen i fråga eller, när fråga är om änke- eller barnpension, för den avlidne beräknats till svensk statlig inkomstskatt taxerad inkomst för år före år 1960, dock under förutsättning att antalet sådana år, om så erfordras sammanlagt med år för vilka pensionspoäng tillgodoräknats inom försäkringen för tilläggspension liksom med försäkringstider i den tyska pensionförsäkringen, uppgår till minst tre. Härvid likställes tolv inom den tyska pensionsförsäkringen fullgjorda försäkringsmånader med ett år för vilket till svensk statlig inkomstskatt taxerad inkomst beräknats.

c) Med år, för vilka pensionspoäng tillgodoräknats inom försäkringen för tilläggspension, likställes vid tillämpning av bestämmelserna i första stycket om folkpensionens beräkning år före år 1960, för vilka beräknats till svensk statlig inkomstskatt taxerad inkomst.

d) Gör någon anspråk på pension med åberopande av bestämmelserna under b eller c härovan, skall han i den mån så erfordras styrka att förutsättningarna för pensionsrätt föreligger.

16. Till artikel 26:

a) Lagstiftningen om beräkning av tilläggspension för svenska medborgare, som är födda före år 1924, berörs ej.

b) Lagstiftningen om tillgodoräkning av pensionspoäng för utländsk medborgare på grund av anställning ombord på svenskt handelsfartyg berörs ej.

17. Konventionen berör icke sådana bestämmelser i tysk lagstiftning som innebär förmånligare regler för personer som tillfogats skada till följd av sin politiska hållning eller på grund av ras, tro eller världsåskådning.

SOM SKEDDE I STOCKHOLM den 27 februari 1976 i två originalexemplar, vartdera på svenska och tyska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Konungariket Sverige
Sven Aspling

För Förbundsrepubliken Tyskland
Dietrich Stoecker
Walter Arendt

Denkschrift zum Abkommen

Im Bereich der Sozialen Sicherheit sind zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden gegenwärtig zwei Vorläufige Europäische Abkommen vom 11. Dezember 1953 über Soziale Sicherheit (Bundesgesetzbl. II 1956 S. 507) und das Übereinkommen Nr. 118 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1962 über die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der Sozialen Sicherheit (Bundesgesetzbl. II 1970 S. 802) in Kraft. Das Abkommen geht darüber hinaus und regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung.

Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Die Bestimmung des Artikels 1 enthält die Erläuterungen der in den nachfolgenden Bestimmungen wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Die Bestimmung des Artikels 2, die durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest und nennt die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht eines der Staaten. In Nummer 1 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens nicht gleichzeitig andere Abkommen oder eine überstaatliche Regelung eines Vertragsstaates Anwendung finden.

Artikel 2 erstreckt das Abkommen auch auf die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die bezeichneten Versicherungszweige nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 Abs. 1 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 3 Abs. 2 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 3 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Die Bestimmung unter Buchstabe c war im Hinblick auf das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1965 ff.) erforderlich.

Artikel 4 Abs. 1 enthält in bezug auf Geldleistungen bei Invalidität, Alter und an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten den Grundsatz der uneingeschränkten Leistungsgewährung in den anderen Vertragsstaat. Die Aufhebung der innerstaatlichen Beschränkungen der Rechte bei Auslandsaufenthalt ist unter Wahrung der Gegenseitigkeit nur in bezug auf die in Artikel 3 Abs. 2 genannten Personengruppen gerechtfertigt. Für die Gleichstellung von Staatsangehörigen dritter Staaten fehlt es an einer entsprechenden Gegenleistung der dritten Staaten.

Nach Artikel 4 Abs. 2 ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung bei Aufenthalt in dritten Staaten nur im Leistungsrecht vorgesehen.

Zu Artikel 4 enthalten die Nummern 3 und 4 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen.

Die Bestimmungen der Artikel 5 bis 10 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften bei einer Kollision der deutschen und schwedischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Artikel 5 enthält eine Kollisionsnorm, die im Verhältnis zum anderen Vertragsstaat für die Anwendung des deutschen Rechts von dem räumlichen Anknüpfungspunkt des Beschäftigungsverhältnisses, für die Anwendung des schwedischen Rechts grundsätzlich vom Ort des gewöhnlichen Aufenthalts einer Person ausgeht. Die Artikel 6 bis 8 enthalten Regelungen für die üblichen Ausnahmefälle.

Die Bestimmung in Artikel 9, die durch Nummer 6 des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen der Vertragsstaaten beschäftigten Personals.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der Kollisionsnormen der Artikel 5 bis 9 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt.

Zu den Artikeln 6 bis 10 ist unter Nummer 5 des Schlußprotokolls eine ergänzende Regelung enthalten.

Nach der Bestimmung des Artikels 11, die durch Nr. 7 des Schlußprotokolls ergänzt wird, sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 12 bis 17 enthalten in Verbindung mit den Nummern 8 bis 11 des Schlußprotokolls die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Insbesondere bestimmt Artikel 13, daß den nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaates versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei vorübergehendem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat dort Sachleistungen nach dessen Rechtsvorschriften erbracht werden. Die Bestimmung der Artikels 16 enthält den Grundsatz der uneingeschränkten Leistungsgewährung in den anderen Vertragsstaat für Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung.

Die Artikel 18 bis 21 in Verbindung mit den Nummern 4, 12 und 13 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung.

Insbesondere enthalten die Artikel 20 und 21 den Grundsatz der uneingeschränkten Leistungsgewährung bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat für Sachleistungen und die nicht bereits in Artikel 4 Abs. 1 genannten Geldleistungen der Unfallversicherung.

Die Artikel 22 bis 26 in Verbindung mit den Nummern 14 bis 16 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Insbesondere bestimmen Artikel 22 Abs. 1 und Artikel 26 Nummer 2, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und schwedischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, zusammengerechnet werden, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Die Bestimmung des Artikels 25 legt fest, daß unter bestimmten Voraussetzungen die schwedische Volksrente auch an deutsche Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb Schwedens zu zahlen ist.

Die Artikel 27 bis 36 enthalten die auch sonst üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 37 bis 41 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Die Bestimmung unter Nummer 17 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, dem Abkommen vorgeht.

Bn 712043 3.77